

Emser Zeitung

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis

Bezugspreis: 1.-15. Mai 1920 Millarden. Anzeigenpreise:
Die einfache Millimeter-Zeile 8 G.-B., auswärtige, amtliche
Ankündigungen u. Veröffentlichungen, 12 G.-B., Kell 25 G.-B.
Die Preise werden mit dem Emser Multipressor verrechnet.

Lahn-Bote



Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Notationsdruck und Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Emst.
Abt.: B. Fazit Helsingfors. Geschäftsstelle Römerstr. 95
Telefon 7. Verantwortliche Schriftleitung: E. L. Bloesch

Amtliches Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Emst

Nummer 108

Bad Emst, Donnerstag den 8. Mai 1924

75. Jahrgang

Das Ergebnis der Reichstagswahlen

Das Stärkeverhältnis der Parteien hat sich durch die Reichstagswahl, im einzelnen betrachtet, erheblich verschoben. Diese Gewinn- und Verlust-Rechnung lässt sich am klarsten unter den Gesichtspunkten bringen, dass die Opposition in die Höhe gegangen ist, während die Parteien, die die Regierungsverantwortung in den letzten Jahr getragen haben, einen Rückgang erlitten haben. Einen besonderen Fall bilden die Sozialdemokraten. Hier wirkt sich nicht so sehr die Regierungsverantwortung aus — die Sozialdemokraten sind ja als Oppositionspartei in den Wahlkampf gegangen — sondern mehr die Folgen eines vollständigen inneren Verfalls, der vor den Reichstagswahlen nur durch den Verzicht auf die Entscheidung des Parteitags noch verhindert werden konnte und der in der bevorstehenden Parteizzeit zweifellos von neuem und stärker in die Erziehung treten wird als bisher. Der Druck der starken Kommunistenfraktion wird auf den linken Sozialdemokratischen Fraktionsflügel ebenso angewandt wie auf den rechten Flügel der Fraktion abstoßen werden. Und der Effekt wird eine weitere Verfehlung der sozialdemokratischen Fraktion sein, bis schließlich die auf die Dauer nicht aufzuhaltenen Nörder eintreten.

Unter dem Druck der Regierungsverantwortung haben in der Hauptstadt gefunden die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten. Sie alle haben im Wahlkampf verloren. In beiderseitig starkem Maße die Deutsche Volkspartei. Diese Partei ist an einigen Stellen auf den Verluststand vor den Reichstagswahlen im Jahre 1920 zurückgeworfen worden, hat sich aber in anderen Wahlkreisen, namentlich rechts der Elbe, in Mittel- und in Süddeutschland sowie in Sachsen noch gut behauptet. Das Zentrum und die Demokraten haben weniger im Bezugspunkt des Wahlkampfs gefunden und sind deshalb verhältnismäßig weniger schlecht weggekommen. Der Mandatsverlust aber prägt sich der gesamten Regierungskoalition als gemeinschaftliches Merkmal auf.

Diese Erziehung ist in einem parlamentarisch regierten Lande durchaus nichts Ungewöhnliches. In England rechnen die Regierungsparteien damit, dass nach einer bestimmten Dauer ihrer Regierungsfähigkeit die Flügel der Regierung in andere Hände legen müssen. So sind z.B. die englischen Konservativen in den letzten Wahlkämpfen von ihrer früheren Höhe recht tief herabgestiegen. Aber eins unterscheidet doch das deutsche Wahlergebnis ganz wesentlich von den Vorgängen in England. Die Opposition hat zwar, wenn man will, gesiegt, ist aber nicht umstande, ihren Sieg auch praktisch auszuhalten. Dies hängt damit zusammen, dass die Oppositionsparteien je eine gegenwärtige Verbindung ablehnen, so einander in jüngster Feindseligkeit gegenüberstehen. Es ist nicht einmal zwischen den Deutschnationalen und den Deutschenationalen eine Koalition nach den bisherigen Erfahrungen möglich, da die Deutschnationalen bekanntlich jede praktische Regierungsfähigkeit ablehnen und ihre Hauptrichtung in der Veränderung und Störung des parlamentarischen Systems erblicken. Darin gleichen ihnen die Kommunisten, nur dass diese sonst an einem ganz anderen Stande stehen, sodass die drei Oppositionsparteien vollständig auseinanderstehen. Es ist deshalb vollkommen unklar, was die Opposition mit ihrem Wahlausgang anfangen soll. Würden die Deutschenationalen vor die Notwendigkeit gestellt, eine Regierung zu bilden, so würden sie wahrscheinlich in ganz kurzer Zeit einsehen, dass man ihnen eine unmögliche Aufgabe gestellt hat. Bei den Kommunisten und den Deutschnationalen fehlen überhaupt jede Voraussetzung.

So stehen wir, wenn wir das Ergebnis der Reichstagswahlen ziehen, vor der Zweifelsfrage, was nun werden soll. Wäre der Ausfall so, dass die Opposition trotz ihres Sieges die Regierungsfähigkeit übernehmen könnte, so müsste die gegenwärtige Regierung so rasch wie möglich das Feld räumen. Da in diesem Sieg der drei Oppositionsparteien parlamentarisch zum mindesten außerordentlich schwer auszumünzen ist, so ergibt sich von selbst die Frage, ob die außerordentlich bedeutungsvollen politischen Fragen, die entschieden werden müssen, dem ungewissen Schicksal parlamentarischer Reisen überlassen werden dürfen oder nicht. Die Regierung die Pflicht hat, die Führung in der Hand zu behalten, bis es ihr parlamentarisch unmöglich gemacht wird. Sowohl wie unterschiedlich sind, wie die Regierung siebt die leichtsinnige Auffassung. Andererseits wird die jugendliche Opposition vornehmlich die Führung haben.

Generalstreik im Ruhrgebiet.

Eine schwere Gefährdung der Wirtschaft

Aus dem Ruhrgebiet, 7. Mai. Mit Ausnahme von ganz wenigen Fällen, wo heute noch gearbeitet wird, ruht der ganze Ruhrbergbau. Mindestens 90 % d. der Bergleute sind heute früh nicht angefahren. Kleine arbeitswillige Gruppen werden sich nicht halten können.

Wenn eine Meldung erfolgt, die Bergarbeiterherrscher hätten seit gestern abend auf die Beschlüsse der Bergarbeiterverbände hin die gesamten Bergarbeiter ausgeworfen, so trifft das in dieser Form nicht zu. Von der Ausschaltung und selbstredend um die Arbeiter betroffen, die sich weiterhin die Stunde Arbeit zu leisten.

Die Kommunisten haben erreicht, was sie vor der Wahl vorgekündigt hatten. Die Betriebskonferenz, die gern in Bochum vor der Union der Hand- und Kopfarbeiter abgehalten wurde, hat bereits eine Komplettierung von 15 Bergarbeitern eingefestigt, die ich zwar aus den verschiedenen Organisationen zusammenstellen soll, die in Wirklichkeit fast aber nur von Kommunisten, Nationalen und Syndikalisten maßgebend beeinflusst wird.

Die verschiedenen Bewegungen

Essen, 7. Mai. Was sich im Ruhrgebiet zurzeit abspielt, kann man nicht in einem Wort zusammenfassen. Man hat es zu tun mit 1. mit dem kommunistischen Generalstreik, 2. mit der Anwendung der vier tarifäßigen Bergarbeiterverbände an ihre Mitglieder, die Stunde Mehrarbeit nicht mehr zu leisten, sondern nur die Sieben bzw. Achtfünfundfünfzig zu verabreiten, und 3. mit der Verfüfung der Betriebsleiter, dass jeder Arbeiter, der die Mehrarbeit verweigert, fristlos entlassen sei. Die Auswirkung der drei genannten Umstände ist nichts anderes als die fast gänzliche Stilllegung des gesamten Ruhrbergbaus. Da die weitansässige Mehrheit der Bergarbeiter die einstündige Mehrarbeit verweigert, darf man wohl die Fernbleiben von der Arbeit als Generalstreik bezeichnen. Um ein Bild von der Bedeutung der gesamten Verweigerung zu bekommen, sei anzuführen, dass

Erste Etappe der neuen Reparationspolitik

Paris, 6. Mai. Der Brüsseler Berichterstatter des Echo de Paris berichtet, nach Auffassung des belgischen Minister sei jedenfalls eine erste Etappe gerichtet. Die Annahme des Sachverständigenberichts bedeute ihnen aufzugeben, dass die Alliierten sich darüber einig seien, an die Stelle der deutschen Prämie solche allgemeiner Art zu setzen. Es hande sich nur noch darum, über die Art und Weise der Ausführung und die Vorfestschritte, die dabei geboten seien, einig zu werden.

Der Brüsseler Berichterstatter des Echo de Paris glaubt zu wissen, dass bei der Unterredung zwischen den belgischen und den italienischen Ministern in Mailand vor allem die interalliierten Schulden und die Wänderung des Vereinigungsschlusses von Spa zur Sprache kommen werden.

Bathon gegen Aufzehrung der Warenausfälle.

London, 6. Mai. Im Unterhaus hat Baldwin einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung der Warenausfälle, durch die ein wichtiger englischer Industriezweig bisher gegen Arbeitslosigkeit geschützt wurde, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Störung des Wirtschaftslebens für unzweckmäßig erklärt. Die Regierung wird die Diskussion des Antrages wahrscheinlich auf den 13. Mai verschieben.

Der Sekretär der unabhängigen Arbeitspartei, Brothman, sagt in einer Rede in Newcastle, dass die Arbeitspartei das Recht nicht streitig machen möchte, die liberalen Kandidaten zu bekämpfen. Die Liberalen seien trotz ihrer augenscheinlichen Überstimmlung mit der Arbeitspartei genau so große Feinde der Arbeiter wie der Konservativen.

In einer Rede in Leeds sagte der Generalstaatsanwalt Sleter, die Rechtsgelehrten der Krone untersuchten sorgfältig die Frage des britischen Fasismus, da sie der Meinung seien, dass dieser sich zu einer ausköhlenden und gefährlichen Organisation entwickeln könnte.

Die Verhandlungen über das Gutachten

London, 7. Mai. Der Brüsseler Berichterstatter der Times meldet, dass der belgische Minister des Innern, Hymans, gestern vorzeitig den

im Ruhrbergbau zurzeit rund 450 000 Bergarbeiter beschäftigt sind gegenüber 550 000 vor der Naherbeziehung.

Die Angestellten verrichten Notstandsarbeiten

Essen, 7. Mai. Die Verbände der Angestellten des Ruhrbergbaus (Afa, Bund der Angestellten, Gesamtverband deutscher Angestelltenverbänden und Reichsverband deutscher Angestelltenverbände) geben folgende Erklärung bekannt:

Das arbeitsrechtliche Verhältnis der technischen Angestellten wird durch die gegenwärtig getroffenen Maßnahmen im Ruhrbergbau nicht berührt. Hieraus ergibt sich für die Mitglieder dieser Verbände, dass sie etwaige Auflösungen zur Verhinderung von Notstandsarbeiten nachkommen.

Die ersten Folgen des Streiks

Münster, 7. Mai. Wegen des Streiks auf beide Radde ist die Gasleitung hierher unterbrochen.

Lohnforderungen im Solinger Bezirk

Solingen, 7. Mai. Der Arbeitgeberverband für die Eisen- und Stahlindustrie des Solinger Bezirks sind von den Gewerkschaften in diesen Tagen neue Lohnforderungen übertragen worden, die sich auf eine Abrostung der Eisengießerei, die durch gänzliche Erhöhung der Lohnsätze auskommt.

Allgemeine Aussperrung im sächsischen Steinolbenberg

Dresden, 7. Mai. Die Aussperrung im gesamten sächsischen Steinolbenberg ist heute erfolgt. Auch die Kohlengruben des sächsischen Staates haben eine allgemeine Aussperrung vorgenommen. Die Bergarbeiter haben die Stunde Mehrarbeit erlaubt. Der sächsische Schiedsgerichtsverhandlungsausschuss untersucht über die verlängerte Arbeitszeit abgelehnt und wollten sie die alte Siebenundvierzig durch höhere Entnahmen oder früheres Ausschaffen erzwingen. Aus diesem Grunde ist die allgemeine Aussperrung erfolgt.

französischen Besitzer in Brüssel, Herkete, empfind und ihm die Grundlinien der Unterredungen zwischen den belgischen Ministern und Macdonald mitteilte, wobei er auf die Tatsache Nachdruck legte, dass der britische Erste Minister nichts unternommen zu lassen wünsche, was ein Übereinkommen über das Rohstoffaufbrach aufzunehmen könnte. Der britische Erste Minister schrieb, wie der Berichterstatter erfuhr, geneigt zu sein, Mahnahmen zu zulassen, die Frankreich und Belgien genüge Sicherheiten im Falle einer Räumung des Ruhrgebiets geben würden. Der Erfolg der am weitesten rechts- und linksstehenden Parteien bei den Reichstagswahlen soll in gewisser amtl. Weise keinen Einfluss verübt haben. Es herrsche die Ansicht, dass der Reichstag dem Sachverständigenplan zugestimmt werde.

Die französischen Besitzer in Brüssel, Herkete, empfind und ihm die Grundlinien der Unterredungen zwischen den belgischen Ministern und Macdonald mitteilte, wobei er auf die Tatsache Nachdruck legte, dass der britische Erste Minister nichts unternommen zu lassen wünsche, was ein Übereinkommen über das Rohstoffaufbrach aufzunehmen könnte. Der britische Erste Minister schrieb, wie der Berichterstatter erfuhr, geneigt zu sein, Mahnahmen zu zulassen, die Frankreich und Belgien genüge Sicherheiten im Falle einer Räumung des Ruhrgebiets geben würden. Der Erfolg der am weitesten rechts- und linksstehenden Parteien bei den Reichstagswahlen soll in gewisser amtl. Weise keinen Einfluss verübt haben. Es herrsche die Ansicht, dass der Reichstag dem Sachverständigenplan zugestimmt werde.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzusehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzusehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzusehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast für selbstverständlich gehalten, dass die Deutschenationalen zur politischen Außenpolitik bereit sind. Die Times hat es durch ein Telegramm ihres Berliner Vertreters darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass diese Annahme keineswegs begründet ist. Und so verhält es sich tatsächlich. Wenn man die deutschen Nationalen Presse darum prüft, wie sie sich die künftige Regierungsaufgabe ihrer Partei denkt, so findet man in der massgebenden Parteiblättern überall die Abschaffung, dass eine deutschnationale Regierung an der Durchführung des Sachverständigenausschusses nicht Mitarbeiten kann. Die deutschsprachige Presse droht mit ihrem ganzen Ton und ihrer ganzen Ungnade, wenn etwa die Deutschenationalen Partei umfassen sollte. Und auch den nichtrussischen Politiker wird es schwer fallen, einzesehen, wie die Deutschenationalen im Sinne der klassischen Außenpolitik in die Regierung tätig sein könnten, nachdem ihnen Heßlerich die Berechnung des Sachverständigenausschusses gewiss gewesen ist. Es gibt also jetzt sehr deutliche Hinweise, dass die Deutschenationalen gar keine andere Wahl, als die eine: Farbe-kennen-nur Farbe-kennen in der Frage, wie nach ihrer Ansicht die großen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden sollen.

Die Londoner Presse hat es, wie gezeigt, fast

schädigungen der gesunde Menschenverstand wolle, einen weinenden Gedanken verschaffen.

Das Urteil von Hughes

Washington, 6. Mai. Staatssekretär Hughes ist der Überzeugung, daß die deutschen Reichswahlwahlen eine ausreichende Sicherheit für die Wirtschaft Deutschlands an der Durchsetzung der Sachverständigenberichte böten.

Der Eindruck in Italien

Rom, 6. Mai. In der öffentlichen Meinung Italiens hat man den deutschen Reichstagswahlen wegen ihrer internationalen Bedeutung mit grossem Interesse entgegengesehen. Sie galten als eine Abstimmung über die Annahme der Ablehnung des Entschlusses der Sachverständigen. Es herrschte die Ansicht, daß, wenn zu der ablehnenden Haltung Frankreichs die Weigerung Deutschlands reite, die Fragen der Kriegsschulden und Entschädigungen und damit das europäische Problem unlösbar würden. Der Wahlausgang der deutschen Wahlkampe hat nun, wie man hier glaubt, den deutschen Nationalisten nicht die Macht gebracht, aber die zur Erfüllung breiten Parteien zu sehr geschwächt, da auch die erfolgreichen Kommunisten bestige Geister des Friedensvertrages seien. Die Zukunft Europas sei deshalb äusserst ungewiss. Die Ausgangs der deutschen Reichstagwahl beiheute zwar nicht den Triumph der Nationalisten, aber den Beginn einer nationalen Erhebung, die demokratischen Parteien hätten 100 Sitze verloren. Da den Popularen wie den radikalen sozialistischen Parteien d'Italia bellagt, daß infolge der Schutz der verbündeten Regierungen fünf Jahre nach dem Weltkrieg die Lage in Europa unsicherer als je gewesen sei.

Der deutsch-russische Zwischenfall Veröfentlichte Worte Litvinows

Moskau, 7. Mai. Litvinow, der Leiter der Verabreitung des Volkskommissariats des Außenhandels in der Sowjetunion, die Räteregierung habe noch keinen ausführlichen Bericht aus Berlin über den Zwischenfall im Gebiete der Hindenburgreise erhalten. Die Einzelheiten seien noch nicht genugend bekannt, um über die endgültigen Maßnahmen zu entscheiden, die die Räteregierung ergriffen werde. Die Extraterritorialität des Handelsvertretung sei in dem deutsch-russischen Vertrag von 1921 festgesetzt, der auch durch den Vertrag von Rapallo nicht aufgehoben worden sei. Um solchen seien auch bisher über die Extraterritorialität der Handelsvertretung keine Zweifel geblieben worden. Die Erklärung des deutschen Auswärtigen Amtes werde daher von der russischen Regierung nicht ernst genommen. Litvinow bestreitet dagegen, daß die Polizei auf seine Verantwortung gehandelt habe. Es sei vielmehr kein Zweifel, daß sie im vollen Einverständnis mit den Beamten der Regierung vorgegangen sei.

Dennoch glaubt Litvinow nicht daran, daß durch den Zwischenfall die französischen Befreiungen zwischen Deutschland und Russland gestört wurden. Auch eine offizielle Stellung dieser Beziehungen durch die deutsche Regierung hilfe er für nicht geben. Freilich sei gewissen, daß die russischen Kreisen Deutschlands eine enge Anziehung zu Russland nicht angewandt. Von der deutschen Regierung hänge die Beleidigung des Zwischenfalls und die Verhinderung der schweren Folge, ab, ob ein Schaden auf der eingenommenen Stellung mit sich bringen könnte.

Zwunde im Gebäude der russischen Handelsvertretung

Berlin, 7. Mai. Die russische Bzg. meldet, daß bei der Durchsuchung der russischen Handelsvertretung u. a. Pauschalier gefunden wurden, die für die Agitation unter den Angehörigen der Wehrmacht und der Schutzpolizei, die zum Aufmarsch an die kommunistische Bewegung aufgestellt werden, bestimmt waren.

Verträge zwischen Danzig und Polen

Danzig, 5. Mai. Am 4. Mai. Am 4. Mai. d. J. sind zwischen Danzig und Polen vier Abkommen abgeschlossen worden, welche die Unterschrift des neuen polnischen Vertreters in Danzig, Dr. Stachowicz, u. j. sowie des damaligen Senatorenpresidenten Salm trugen. Diese Abkommen betreffen die Beteiligung der Freien Stadt Danzig an der Deutschen Eisenbahnlinie ferner die Ausstellung Danziger Börsen für Danziger im Ausland, die vertragliche Stellung der freien Stadt Danzig bei Handelsverträgen und das Recht des Kaufmannshauses, Anteile anzunehmen und sein unbewegliches Eigentum zu verkaufen. Die Stellung Danzigs bei Handelsverträgen kennzeichnet sich auswärtigen Staaten gegenüber dadurch, daß Danzig als selbständiges vertragsschließende Partei angesehen wird.

Diese vier Abkommen sind die erste Bestätigung des neuen polnischen Vertreters in Danzig. Es scheint sich bei den Polen die Erfahrung gemacht zu haben, daß es zweckmässiger ist, mit Danzig zu gültlichen Vereinbarungen zu gelangen, als fortgesetzt vor dem Volkerbund erscheinen zu müssen. Dieser Gedanke wird von einem Organ der Warschauer Presse vertreten, worin die Anerkennung ausgesprochen wird, Polen solle nicht länger Objekt des Volkerbundes sein, sondern solle die subjektive Freiheit für Verhandlungen wünschen. Es will so schreiben, als ob der jegliche Vertreter Polens in Danzig eher zu gültlichen Verhandlungen genötigt ist als sein Vorgänger, der sich lediglich angelegen sein ließ, Danzig gegenüber den polnischen Standpunkt herzustellen. Der neue Vertreter Polens scheint aus den Missfolgen seines Vorgängers, die er in Gesetzen bei der Vertretung übertriebener polnischer Forderungen erlitt, hellsehend gegenan zu haben.

Deutschland

Wiederauftreten des Ausnahmezustandes.

München, 5. Mai. Das Ministerium des Innern wußt durch Erbisch darauf hin, daß mit dem 4. Mai die Wählungswerte der Verordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit abgelaufen sei, daß also nun wieder die Bestimmungen des Ausnahmezustandes ins Leben treten. Politische Versammlungen unter freiem Himmel sind und bleiben überhaupt verboten. Politische Versammlungen in geschlossenen Räumen können ebenso wie sonstige unpolitische Art von der Polizeihöchde geahndet werden. Plakate, Flugblätter und Flugschriften bedürfen vor ihrem Aufschlag oder ihrer Verteilung wieder der politischen Genehmigung. Die Presse erbaute so wie für die Verbürgung von Schriftstahl sind durch die Wahlbehörde verordnet einzufüllende Verhältnisse in Wegfall gekommen. Die Bestimmungen des Ausnahmezustandes gelten also in dieser Weise wieder unverändert.

München, 5. Mai. Der Staatsschaffar für Mindesten hat das seit dem 1. Mai wieder erschienene kommunistische Organ "Neue Zeitung" von neuem verboten, da es vom Generalstaatskommissar erlaubte Verbot der kommunistischen Presse noch in Kraft sei.

Aus Stadt und Land

Wetterbericht. Der unbeständige Witterungscharakter mit zeitweisen Regenfällen und meist hohen Temperaturen hält auch an den nächsten Tagen an.

Gebühren für Briefsendungen nach dem Ausland. Bedauerlicherweise werden immer noch Briefsendungen nach dem Ausland von den Abfaltern häufig unzureichend freigemacht. Insbesondere trifft das bei Sendungen nach Polnisch-Oberschlesien und den übrigen Gebieten, die Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles verloren gegangen sind oder die zu der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie gehört haben, zu. Briefsendungen nach Orien in diesen Gebieten für die früher die Zustandsgebühr erhoben worden sind, unterliegen gegenwärtig von einigen Ausnahmen (Freie Stadt Danzig, Wielkopolske, Österreich, abgesehen, durchweg den Metropolienvereinigungen oder besonders vereinbarten Gebieten). Absehbar besteht Unklarheit darüber, zu welchen Länden der Befinnungsort gegenwärtig gehört und welche Gebühren dementsprechend zu verrechnen sind. Durch die ungünstige Freimachung der Briefsendungen entstehen sowohl den Abfaltern als auch den Empfängern Unannehmlichkeiten und Weiterungen, zumal die letzteren die mit Nachahmungsgewährleistung beladenen Sendungen häufig nicht annehmen. Um die Abfalter vor Schaden zu bemühen, ist angeordnet worden, daß Sendungen nach den genannten Gebieten, die offensichtlich aus Unwissenheit oder Versehen unzureichend freigemacht sind, den Abfaltern, soweit sie zu erkennen sind, zur Vervollständigung der Freigebühr gurkriegsgegen werden. Dabei werden sich aber Verzögerungen nicht vermieden lassen.

Eine alte Unzufriedenheit wiederkehrt. Aus Handwerker- und Geschäftskreisen hört man oft, daß die lebhaften Klagen, daß Lieferungen und Käufe auf Vorrat vorgenommen und daß die Bezahlung der Schuhfülle monatelang verzögert wird. Es ist jedoch nicht unangebracht, darauf hinzuzufügen, daß weder der Handwerksmeister, noch der Kaufmann heute unmöglich längere Zeit hindurch mehr oder weniger hohe Beträge als Ausstand haben kann. Denn beiden stehen heute bei weitem nicht die Betriebskapazitäten zur Verfügung wie etwa vor dem Kriege; sie brauchen ihre Mittel, um Waren einzukaufen, Rechnungen zu bezahlen, Lohnerschließungen nachzuholen, das Hauswesen zu bereiten und steuerliche und soziale Verpflichtungen einzulösen zu können. Man bezahle darum pünktlich! Andernfalls möge man in Handwerker- und Geschäftskreisen für rechtsgesetzliches Ausschreiben und Nebenmitteler Rechnungen besorgt sein.

Eine alte Unzufriedenheit greift wieder um sich. Aus Handwerker- und Geschäftskreisen hört man oft, daß die lebhaften Klagen, daß Lieferungen und Käufe auf Vorrat vorgenommen und daß die Bezahlung der Schuhfülle monatelang verzögert wird. Es ist jedoch nicht unangebracht, darauf hinzuzufügen, daß weder der Handwerksmeister, noch der Kaufmann heute unmöglich längere Zeit hindurch mehr oder weniger hohe Beträge als Ausstand haben kann. Denn beiden stehen heute bei weitem nicht die Betriebskapazitäten zur Verfügung wie etwa vor dem Kriege; sie brauchen ihre Mittel, um Waren einzukaufen, Rechnungen zu bezahlen, Lohnerschließungen nachzuholen, das Hauswesen zu bereiten und steuerliche und soziale Verpflichtungen einzulösen zu können. Man bezahle darum pünktlich! Andernfalls möge man in Handwerker- und Geschäftskreisen für rechtsgesetzliches Ausschreiben und Nebenmitteler Rechnungen besorgt sein.

Ergebnisse der Gemeindewahlen

Wiesberg: Eine Wähler 102 St. Urteile 100 St. 120 St. 121 St.

Klingelsbach: Eine Wahl 109 St. Urteile 103 St. 102 St.

Niederdorfbach: Eine Wahl 36 Stimmen, Urteile 34 St. 34 Stimmen.

Die folgenden Gemeinden ist nur ein Vorschlag eingezogen; eine Wahl kann nicht stattfinden.

Dörsdorf, Lohrheim, Roth.

Bad Ems, 2. Mai. (Rheinisches). Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß Herr Blarer Schoedt heute abend 8.30 Uhr in der Pfarrkirche einen Missionsvortrag über "Japan" mit Bildernhalten wird. Die feierliche Gaben sind bestimmt für den Aufbau der Mission.

Bad Ems, 2. Mai. (Württembergische) Die Pferde und Wagen, die Pferde- und Wagenbesitzer von Bad Ems und Kommenden werden auf die in der Emser Zeitung vom 7. Mai 1924 erschienene Bekanntmachung bezüglich Auflösung der Pferde und Wagen am 12. Mai 1924 hingewiesen. Alles Rücksicht ist an dem Rathaus, Zimmer 14 (Besatzungsamt) zu ziehen.

Bad Ems, 2. Mai. (Rheinisches). Wie wir hören, ist eine Wiederholung des Octoriums Johannes der Täufer beabsichtigt. Bahnhofsseite kommt das Werk in einem andern Ort des Kreises zur Aufführung. Herr W. Lorenz, Diöz. wird die Batriktion übernehmen.

Bad Ems, 2. Mai. (Rheinisches). Heute abend 8 Uhr findet im evangel. Gemeindehaus Bibelkunde statt.

Bad Ems, 2. Mai. (Prüfung). Fräulein Else Braun, Birkenbach, bestand vor dem Prüfungsausschuß die Prüfung im Schneidermeistergewerbe mit der Note gut.

Bad Ems, 2. Mai. (Rheinisches). Wie wir hören auf die in heutiger Nummer veröffentlichte Bekanntmachung bezüglich Impfung der Erstlingse und Wiederimpfung.

Handelsteil Wertpapierbörsen

Die Kurse in Billionen Prozent.

	7. 5.	22. 4.
Hamburg-Amerika-Linie	19.—	20.30
Hamb. Süd-Am.-Dampf.	27.—	26.50
Norddeutscher Lloyd	4.50	4.60
Barmen-Vanderbilt	1.40	1.80
Berl. Handelsge. G.	24.75	27.—
Comm. u. Privatb.	3.75	4.—
Darmstädter Nat. Bank	6.37	6.50
Deutsche Reichsbank	14.75	13.50
Deutsche Bank	8.—	7.50
Deutsche Uebersee-Bank	50.—	50.—
Disconto-Gesell.	8.—	8.12
Dresden-re. Bank	5.—	5.—
Elberwerke	1.62	1.90
F. G. J. Knill-Fisch.	9.38	9.75
Allg. Elektro. Ges. (AEG)	7.70	7.63
Badische Anilin	13.10	13.62
Ferguson-Gesell.	9.50	11.32
Baumanns Gas-Steel	37.25	38.50
Braunthal und Baileys	—	—
Budens Eisengesell.	9.60	11.—
Chev. Weisheim	9.75	9.87
Chem. Werke	10.—	10.50
Daimler-Motoren	2.70	3.—
Deutsche Lufthansa	30.12	31.25
Deutsche Reichsbahn	28.75	29.50
Deutsche Telegrafe	28.—	32.10
Fließ. Waggon	1.25	1.37
Ludwig Baus	0.75	0.72
Gelsen. Petrol.	36.75	35.90
Gelsen. Gas-St.	14.—	10.50
Goldschmidt Th.	10.—	12.75
Torpede. Vergaser	47.60	46.75
Heidek. Kupfer	24.—	24.60
Höchst. Farbenwerke	9.60	10.—
Hoelz. Eisen-Stoff	25.60	32.—
Humbold. Wachs	12.87	13.50
Kattowitz Berg.	21.75	23.25
Krautdörfern	7.70	8.25
Karl Lindner	12.80	10.50
Lehmans am Rhein	22.75	24.75
Reichs. Brauereien	25.—	23.20
Rombachs Hütten	11.—	11.80
Siemens u. Halske	32.75	31.25
Monteith & Höhne	4.60	4.80

erneute Erfolglosigkeit über die Lage der Metalle und Textilindustrie und die Streitbeilegung im Rücken drückt weiter auf die Stimmung. Auch die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse der Frankfurter Konferenz lassen die erheblichen Schwierigkeiten einer allgemeinen Regelung erkennen. Besonders scharf waren die Rückschläge am Montagsmarkt. Auch Kaltwerte lagen auf ungünstige Berichte aus der Industrie nicht mind. Am letzten Bericht und gegen Schluss sah eine vorübergehende leichte Erholung ein, bei allerdings geringen Kurssänderungen.

Nachdrücklich wurde die Stimmung jedoch wieder milder, so daß die tiefsten Tagestiefen wieder erreicht wurden.

Die amtlichen Devisenkurse.

	2. Mai	14. April
Amerika, gr.	4.19	4.21
1. u. 2. S.	4.19	4.21
Belgien	22.24	22.50
England	71.72	72.08
Frankreich	18.45	18.55
Holland	10.62	10.96
Italien	28.08	29.17
Spanien	158.70	158.90
Ungarn	19.55	19.50
Worms	68.00	68.20

Metalle

Hamburg, 7. Mai. Silber 89.—, Bunt 0.51, Binn 4.20, Blei 0.54.

Böhmärkte.

Frankfurter Böhmärkte vom 5. Mai. Ausgetrieben waren 245 Ochsen, 74 Büffeln, 803 Hörner und Kühe, 2 Freizeiter, 378 Kühe, 14 Ziegen und 1672 Schweine. Bezahlte wurden für 1 Ettr. Lebendgewicht: Ochsen 34—58, Büffeln 34—44, Hörner und Kühe 50—57, Küder 50—52, Ziegen 5—10, Schweine 55—68. Marktleiterlauf rückt; bei Schweinen Überstand.

Getreide

Berlin, 7. Mai. (v. D. 17.—17.20) Roggen 12.80—13.40, Gerste (Braun.) 17.—18.70, Durrcergerste 15.50—16.30, Hafer 12.50—13.20; Weizenmehl 24.—26, Roggenmehl 19.25—21.75.

Kätenelbogen, 7. Mai. (Konzert). Am Sonntag, den 18. d. Mts. findet im Bielsteiner Saale ein großes Konzert der M. G. V. Concordia Dres. Bielstein-Konzert statt. Als Solisten sind Fri. W. Lorenz-Dres. (Bariton) gewonnen. Chorleiter ist der bekannte Dirigent Herr Blarer Dres. Schmidt. Bielstein-Chor von Beethovens, Schrö. Kreuzer, Bruch, und Volkslieder wechseln mit Soden und Tücken von Schubert, Brahms, Wagner, Cornelius und altenbietschen Balladen. Das Konzert, das mit seinem klassischen Programm eine großartige Wirkung erbringen wird, lädt sich eines guten Besuches erzielen.

Spiel und Sport

Turnen

Turn-Verein Bad Ems. Bei trockenem Wetter findet heute Abend, wie gewöhnlich, um 7 Uhr an der Turnhalle Faßbachtal statt. Alles soll pünktlich zur Stelle sein.

Vor neuer Arbeitslosigkeit

In der Zeit der großen Inflation arbeitete die deutsche Wirtschaft höchst, die Ruhmehbung mit ihren schweren Folgen auch für das unselbstverständliche Deutschland hatte zunächst noch kein allzu großes Ansehen der Erwerbslosigkeit herstellen können. Der Grund war, daß liberal „verdient“ wurde, wo, daß man zu verdienlichen glaubte. Heute wissen wir, daß es keine echte Produktionskrise waren, wie sie damals die Unternehmerlust in der deutschen Wirtschaft anrichtete. Vor dreiviertel Jahren (1. August 1923) belebte sich die Gewerkschaftslinje, im weiblichen Deutschland noch nicht auf 140.000. Im Juli der Stabilisierung (15. November 1923) war sie allerdings bereits auf über 1.25 Millionen gestiegen. Den Höhepunkt erreichte sie Mitte Januar mit 1.500.000 und ist seitdem ständig herabgesunken. Die vorläufige Ziffer für Mitte April zeigt noch nicht 0.5 Millionen. Auch heute muß man sagen, daß die seit etwa drei Monaten herrschende Belastung der Wirtschaftskonjunktur trügerisch, mindestens aber kurzfristig ist. Die Belastung des Geschäftes ist ausschließlich auf eine gestiegerte Aufnahmefähigkeit des Marktes, also auf eine durchaus nicht in jeder Beziehung erhebliche Steigerung des Verbrauchs im eigenen Lande zurückzuführen. Nach den sehr erfreulichen Entwicklungen, die z. B. im Barkwarenvertrieb erfolgt sind und allem Anschein nach auch für die Textilindustrie und andere Gewerbezweige bevorstehen müssen wie berichtet, daß die Gewerkschaften jetzt einen Niederschlag zu befürchten haben, um ihn mit einer Sonderabgabe abzuwenden. Darauf wird ein Expeditionsamt aufgerichtet, das in Trier ab 1. April 1918 unter Führung eines gewissen Käppelius eröffnet wird. Diese Gründung wird besonders die Knappheit und Verzweiflung des Fleisches und die Erhöhung der Produktionskosten durch die gewaltigen Finanzansprüche des Reiches und der Länder erlösen. Das Sachverständigenwesen rechnet also damit, daß es gegen Ende des Jahres 1923 in Umlauf kommen wird, die deutsche Wirtschaft ist in solchen Umfang in Beziehung zu jedem und in Betrieb zu halten. Diese Tatsache darf uns nicht übersehen, auf ein weiteres Herabfallen der Erwerbslosenziffer zu verzichten. Es besteht die große Gefahr, daß die Flüchtlingszölle, die unmittelbar an die Wirtschaft und an die deutschen Gewerbezweige gefestigt werden (Industrieobligationen, Eisenbahnbewirtschaftung und Verkehrssteuer), die deutsche Produktion

bis zur Unerträglichkeit verhindern. Wenn wir so lange wie möglich die Wettmarktfähigkeit des Produkts auf dem Weltmarkt zu erhalten wollen, müssen wir andere Völker, so kaufen uns nieemand etwas ab.

Es ist daher zu befürchten, daß der im wesentlichen auf die Kreditnot zurückzuführende Rückgang der deutschen Produktion größere Dimensionen annehmen und das Herz der Erwerbslosigkeit wieder einschwellen lassen wird. Da es bis zur Endlösung über das Reparationsproblem wahrscheinlich noch eine Reihe von Wochen dauern wird, haben wir Zeit, die voraussichtlichen Folgen der ungewöhnlichen Reparationsbelastung durchzudenken und sie aller Welt zur Kenntnis zu bringen. Wir können nichts Trügerisches und nichts Würdeloses begreifen, als die Eröffnung unserer Lebensstätten wieder einmal den anderen Völkern zu überlassen. Die Folgen der bevorstehenden Entsiedelung werden schon von uns treffen; denn sie werden entweder in der Bevölkerung oder aber in einem durchdringlichen Abschwellen der Erwerbslosigkeit bestehen.

Ein sehr Tiefdruck ist das Buch nicht. Es verläßt seinen Ursprungsort Paris und auch den Ursprung der ganzen Untersuchung. So finden sich in der Vorgeschichte der Erinnerung manche Ausfälle gegen Deutschland, u. a. wird es so dargestellt, als sei Deutschland direkt verantwortlich, den Armen aus Nordafrika zu entführen und in Paris versteckt zu halten. So gründet sich die Erinnerung, die die Zarenfamilie nach einem nicht genannten weiter Süßlich getötet wurde, um ihn in die Hände zu bekommen, um dann mit ihm einen Sonderfrieden abzuschließen. Darauf wird ein Expeditionsamt aufgerichtet, das in Trier ab 1. April 1918 unter Führung eines gewissen Käppelius eröffnet wird. Diese Gründung wird besonders die Knappheit und Verzweiflung des Fleisches und die Erhöhung der Produktionskosten durch die gewaltigen Finanzansprüche des Reiches und der Länder erlösen. Das Sachverständigenwesen rechnet also damit, daß es gegen Ende des Jahres 1923 in Umlauf kommen wird, die deutsche Wirtschaft ist in solchen Umfang in Beziehung zu jedem und in Betrieb zu halten. Diese Tatsache darf uns nicht übersehen, auf ein weiteres Herabfallen der Erwerbslosenziffer zu verzichten. Es besteht die große Gefahr, daß die Flüchtlingszölle, die unmittelbar an die Wirtschaft und an die deutschen Gewerbezweige gefestigt werden (Industrieobligationen, Eisenbahnbewirtschaftung und Verkehrssteuer), die deutsche Produktion

bis zur Unerträglichkeit verhindern. Diese Gründung wird besonders die Knappheit und Verzweiflung des Fleisches und die Erhöhung der Produktionskosten durch die gewaltigen Finanzansprüche des Reiches und der Länder erlösen. Das Sachverständigenwesen rechnet also damit, daß es gegen Ende des Jahres 1923 in Umlauf kommen wird, die deutsche Wirtschaft ist in solchen Umfang in Beziehung zu jedem und in Betrieb zu halten. Diese Tatsache darf uns nicht übersehen, auf ein weiteres Herabfallen der Erwerbslosenziffer zu verzichten. Es besteht die große Gefahr, daß die Flüchtlingszölle, die unmittelbar an die Wirtschaft und an die deutschen Gewerbezweige gefestigt werden (Industrieobligationen, Eisenbahnbewirtschaftung und Verkehrssteuer), die deutsche Produktion

bis zur Unerträglichkeit verhindern. Diese Gründung wird besonders die Knappheit und Verzweiflung des Fleisches und die Erhöhung der Produktionskosten durch die gewaltigen Finanzansprüche des Reiches und der Länder erlösen. Das Sachverständigenwesen rechnet also damit, daß es gegen Ende des Jahres 1923 in Umlauf kommen wird, die deutsche Wirtschaft ist in solchen Umfang in Beziehung zu jedem und in Betrieb zu halten. Diese Tatsache darf uns nicht übersehen, auf ein weiteres Herabfallen der Erwerbslosenziffer zu verzichten. Es besteht die große Gefahr, daß die Flüchtlingszölle, die unmittelbar an die Wirtschaft und an die deutschen Gewerbezweige gefestigt werden (Industrieobligationen, Eisenbahnbewirtschaftung und Verkehrssteuer), die deutsche Produktion

bis zur Unerträglichkeit verhindern. Diese Gründung wird besonders die Knappheit und Verzweiflung des Fleisches und die Erhöhung der Produktionskosten durch die gewaltigen Finanzansprüche des Reiches und der Länder erlösen. Das Sachverständigenwesen rechnet also damit, daß es gegen Ende des Jahres 1923 in Umlauf kommen wird, die deutsche Wirtschaft ist in solchen Umfang in Beziehung zu jedem und in Betrieb zu halten. Diese Tatsache darf uns nicht übersehen, auf ein weiteres Herabfallen der Erwerbslosenziffer zu verzichten. Es besteht die große Gefahr, daß die Flüchtlingszölle, die unmittelbar an die Wirtschaft und an die deutschen Gewerbezweige gefestigt werden (Industrieobligationen, Eisenbahnbewirtschaftung und Verkehrssteuer), die deutsche Produktion

